

das gelingt, so ist die Demokratie gerechtfertigt. Planmäßig zwingen die Kommunisten die Demokratie, jede Freiheit so weit wie möglich einzuschränken, um dann den Arbeitern jagen zu können: Seht, so schlecht ist die Demokratie. In ihrem Bestreben, jede freiheitliche Regierungsmethode durch Verdrängung totzutampeln, sind die Kommunisten die schlimmsten Gegenrevolutionäre.

Das traurige ist nur, daß die Unabhängigen erst jetzt diese kommunistische Methode zu begreifen beginnen. Denn das muß gesagt werden: Solange sich diese Latzli nur gegen Männer der Sozialdemokratie richtete, ist sie von den Unabhängigen oft genug heimlich begünstigt und öffentlich unterstützt worden. Wenn jetzt am Hensburger Beispiel den Unabhängigen die kommunistische Latzli klar wird, begreifen sie dann auch, daß diese kommunistische Latzli und nichts anderes die Schöpferin der Reichswehr, die Schöpferin der Sicherheitspolizei gewesen ist?

Heute beginnen die Unabhängigen das einzusehen, weil seit Halle die Kommunisten mit ihnen dasselbe Spiel treiben, das sie von Anfang der Revolution mit der Sozialdemokratie getrieben haben. Wir verstehen es auch, wenn die „Freiheit“ jetzt gegen die Kommunisten schreibt:

Sie (die Kommunisten) haben ununterbrochen ihre Leute gegen alle ihrer Verantwortung bewußten Vertrauensmänner der Arbeiterchaft gehetzt und schließlich die große sozialistische Massenpartei gespalten. Sie haben gleichzeitig ihren Anhängern eingegeben, daß, wenn nur die Führer niedergebeugt sein werden, dann die Revolution sicher ist. Immer wieder haben sie ihnen das vorgebetet, zum Teil mögen sie es in ihrer Einfalt und politischen Unerschaffenheit geglaubt haben.

Welches Urteil über die eigene Vergangenheit der Unabhängigen liegt in diesen Sätzen! Doch wir wollen das Vergnügen, ewig im Schilde der Vergangenheit zu trauern, der „Freiheit“ überlassen. Uns gilt die Zukunft. Und da begrüßen wir es, wenn auch in unabhängigen Kreisen die Erkenntnis wach wird, daß die deutsche Revolution letzten Endes zugrunde gerichtet wird durch die Leute, die nach jeder Freiheit nur schreien, um sie möglichst schnell durch tollsten Mißbrauch zugrunde zu richten, denen jedes neugewonnene Recht nichts Besseres ist, als dem unvernünftigen Kinde die neue Puppe, die es kaputt macht, um zu sehen, was darinnen ist. Die gleichen Charaktere sind der Verderb der heutigen Arbeiterbewegung, die vor 400 Jahren der Verderb des Bauernaufstandes waren, jene verantwortungslosen demagogischen Wortemacher, denen der jetzt wieder auf deutscher Bühne zu neuem Leben erweckte Florian Geyer den Fluch nachschleudert: „Den besten Handel, die edelste Sache, die Gott einmal in Eure Hand gegeben hat, und vielleicht nimmer — in Euren Händen ist sie gewest wie im Soustall... Ein jeder von Euch hat gedacht wie der Narr in der Komödie: Ich sollt billig König sein. Sanzwürste seid Ihr gewesen!“

Wilhelm der Erlöser.

Der „Reichsbote“, das orthodoxe Pastorenblatt, verontfaltet auch in diesem Jahre eine Geburtstagsadresse nach Doorn. In dem Vordruck heißt es:

Doch drängt uns heute nicht nur beharrende Trauer, Eurer Majestät ehrenden Gruß zu entsenden, sondern ebenso sehr das Gefühl heißen Dankes dafür, daß Eure Majestät uns das Beispiel eines in schwerstem Leide gottergebenen und aufstehenden deutschen Mannes vorleben. Daß Eure Majestät so stark, still und ohne Verbitterung härtestes Leid tragen, in Hilfe und Freude für Hunderttausende Deutscher, die ihr verdrüßtes und in sich krankes Vaterland jetzt nur mit bitteren Schmerzen zu lieben vermögen. Wir wissen auch: Mit Liebesmühseligkeit getragenes Leid ist Lebenserhöhung, und erlösende Kräfte strömen von ihm aus. Wäge mit solchen uns Leid geborenen Heilkräften Gott der Herr unser Gott durch Eure Majestät segnen. Soch köstliche Frucht macht rechttragendes Leid zu scharfweisender Tat und ist sein tiefer Lohn.

Der Kampf um den „Reigen“.

Das Kultusministerium gibt nunmehr eine Darstellung der „Reigen“-Affäre. Sie ist geeignet, in jeder Weise die sensationelle Aufbausucht, die nun einmal in der liberalen Boulevardpresse bei allen n e b e n s ä c h l i c h e n Theaterangelegenheiten Brauch ist, auf ihre wahre Bedeutung zurückzuführen. Die liberale Presse und ihre Hintermänner fänden, daß mit der Sozialisierung der Theater Ernst gemacht werde, und sie benutzt jede Gelegenheit, um im Namen der Freiheit und der Kunst dagegen Sturm zu laufen. Der Fall des „Reigen“ hat dafür reichlich herhalten müssen.

Wie war es nun? Die Hochschule für Kunst hatte in einem für den Staat höchst bedenklichen Kontrakt (170 M. pro Abend!) einen Saal an Frau Enjoldt überlassen. Das Ministerium ließ ihn nur gelten, weil die Pädagogin wenigstens alle Versicherungen für einen literarischen Charakter des Unternehmens abgab und sich ausdrücklich verpflichtete, nur künstlerische und politisch unbedenkliche Stücke aufzuführen. Das sich auszubedenken, war durchaus Pflicht einer Verwaltung, die öffentliche Verantwortung trägt. Leider hielt sich das Theaterunternehmen, dem der durch Sommeraufführungen bereicherte Herr Stadler beitrug, nicht daran, sondern etablierte eine Anstalt für erotische Theaterstücke, da ihm diese die beste Zugkraft zu bieten schienen. Da der Einspruch gegen die „Reigen“-Aufführung nicht fruchtete, griff dann das Ministerium zu der bekannten einstweiligen Verfügung, die aus technischen Gründen verhängt wurde. Der weitere Verlauf ist bekannt. Die einstweilige Verfügung wurde vorläufig zurückgezogen und im Namen der Freiheit und der Kunst macht nun das Unternehmen glänzende Geschäfte mit einem alten Stück, das für eine öffentliche Aufführung nie bestimmt war und das bisher von keinem Theater aufgeführt wurde. Berlin W. hat seine erotische Senation, wofür es gern die höchsten Preise zahlt. Armer Schnitzler!

Die freie Volkshöhne hat ein Abkommen mit dem Kleinen Schauspielhaus; sie hat aber, wie wir erfahren, darauf verzichtet, ihren Mitgliedern in irgendeiner Form den „Reigen“ zu bieten. Die liberale Presse wird jetzt, nachdem sie das Thema von der Wiedereinführung der Zensur zu Tode geleiert hat, wahrscheinlich entdecken, daß die Volkshöhne in den Händen von Hansausen ist. Welch ein Frevel am dreimal heiligen Theatergeschäft, wenn den 14-18jährigen Kindern des Volkes die Physiologie des Koisus vorenthalten wird.

Und die Zensur? Wir sind selbstverständlich gegen jeden Versuch, die Theaterzensur wieder einzuführen. Das Vorhaben des Kultusministeriums hat aber damit auch nichts zu tun; es wollte seinem Haus den Charakter wahren, den es sich im Verzuge ausbedungen hatte, und da dies nicht gelang, sich wieder die Verfügung über einen Saal verschaffen, den es für seine Unternehmungen dringend braucht. Ungeschicklichkeiten mögen dabei begangen sein — vor allem hätte man die Presse sofort gründlich aufklären sollen. Aber deswegen das Geschrei? Die erotische Gausse wird sich verkaufen, das Regime Stadler wird sein natürliches Ende finden. Je mehr sich die Volkshöhne Bewegung ausbreitet, um so mehr wird das Theater wieder seinen idealen Zwecken zuge-

Der Gott der orthodoxen Pastoren lehnt den direkten Verkehr mit dem deutschen Volk offenbar als nicht standesgemäß ab. Er braucht dazu den Schloßherrn von Doorn als Mittler, dessen Leid sogar „erlösende Kräfte“ ausströmt. Wir können uns vorstellen, daß wirklich religiöse Menschen diese theologische Konstruktion als eine ganz niedrige Gotteslästerung empfinden mögen. Uns liegt indessen der Gedanke näher zu fragen, was denn der Mann in Doorn eigentlich groß auszuhalten hat. Millionen und aber Millionen Menschen in Deutschland, die durch seine Ritschuld ins Elend geraten sind, verdienen den Namen „edler Dulder“ in weit höherem Maße als er. Um ihr Leid kümmern sich die orthodoxen Pastoren wenig, aber das Unglück eines überauskömmlich pensionierten Kaisers wührt sie zu Tränen, dieses Unglück, nicht mehr Kaiser sein zu dürfen, vergleichen sie in blasphemischer Weise mit dem Leiden Jesu Christi. Diese Heulmeierei erscheint uns als eine Verflüchtigung an der wirklich leidenden Menschheit, zu der die orthodoxen Pastoren nicht gehören und von der sie nichts verstehen!

Wer kommandiert die Reichswehr?

Brandenburg, 7. Januar. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Republikanische Führerbund ist von der Reichswehrbrigade 10 neuerdings verboten worden. Dem gegenüber soll ein Befehl des Reichswehrministers Gehler gestellt werden. Dieser lautet: Berlin, den 20. Oktober 1920.

An den R. F. V. I. Zum vorstigen Schreiben — 80. 81 — beziehe ich mich dem Bund mitzuteilen, daß ich nach wie vor die Ansicht vertritt, daß erst das Reichswehrgesetz über die Stellung der Bände in der Wehrmacht entschieden wird, daß bis dahin bloße Zugehörigkeit zum R. F. V. oder der Besuch seiner Versammlungen keinen Grund zur Maßregelung eines Angehörigen der Wehrmacht bildet. Der Reichswehrminister Dr. Gehler.

Wahrscheinlich wird die Reichswehrbrigade 10 ihr Verbot nach bekannten Mustern damit begründen, daß der R. F. V. die „Disziplin gefährde“. Die Disziplin wird nämlich nur gefährdet durch Kommandeure, die auf die Anordnungen des Reichswehrministers pfeifen.

Der unergründliche Verleumdersumpf.

Kost die gesamte gegenwärtige Presse des Freistaats Lippe hatte im Juni 1920 eine Notiz gebracht, wonach Genosse Scheidemann auf der Verbohrung zu Rappahorn bei Detmold ein Boot Langspitze mit 56000 M. Reichsmark erstanden habe. Daran war die Fälschung geknüpft, man sehe, was Scheidemann an der Revolution verdient habe. Wie immer, war auch hier alles blanke Schwindel. Dieser Tage fanden die verantwortlichen Redakteure der „Lippischen Nachrichten“, der „Lippischen Tageszeitung“ und der „Lippischen Volkszeitung“ wegen dieser Sache vor dem Schöffengericht in Detmold. Einen Wahrheitsbeweis konnten sie natürlich nicht erbringen, verurteilten es auch gar nicht. Das Gericht verurteilte jeden der Angeklagten zu 150 Mark Geldstrafe. — Was wird nun die nächste Verleumdung sein?

Finanzdebatte im Reichswirtschaftsrat.

Der Reichsfinanzminister zu den Beamtenforderungen.

In der Freitagssitzung des Reichswirtschaftsrats machte der Reichsfinanzminister Dr. Brügel längere zum Teil für vertraulich erklärte Ausführungen über die Finanzlage und die Deckungsabfichten des Finanzministeriums für das vorhandene Defizit. Nach diesen Mitteilungen wird der Etat durch das aus politischen Gründen erfolgte Entgegenkommen des Kabinetts gegen die Forderungen der Eisenbahner eine erhebliche Belastung erfahren, die nach dem Stande der jetzigen Forderungen etwa 6 Milliarden Mark erreicht. Dazu kämen noch die Ersparnisse der Gemeinden und Länder für die automatische sich ergebenden Zufuhrforderungen ihrer Beamten. Der Finanzminister will ein etwaiges Entgegenkommen gegenüber den Beamten im Kabinett und im Reichstag von der Bewilligung der Deckungen abhängig machen. In Frage kommen Tarifierhöhungen der Eisenbahn, Er-

höhungen der Postgebühren und einige andere Steuern. Das Budget des Jahres 1921 wird nach der Auffassung des Finanzministers einen

Rehrbedarf von mindestens 7 Milliarden Mark

ergeben, vorausgesetzt, daß die bisher im Ordinarium verbrauchten Zuschüsse für die Ernährungswirtschaft auf das Extraordinarium genommen oder ganz vermieden werden. In einem weiteren Ausbau der direkten Steuern sei nicht zu denken, neue Wege müßten eingeschlagen werden, denn nach der bisherigen Steuerweise könnten die unbilligen Bedürfnisse des Reiches nicht gedeckt werden. Der Minister schloß mit der Forderung, daß

jeder Finanzpolitiker letzten Endes Wirtschaftspolitik

set, und daß dann, wenn der Rat der Sachverständigen notwendig werde, die große Stunde des Reichswirtschaftsrats gekommen sei.

In der sehr lebhaften Debatte wurden hauptsächlich die Frage der Lebensmittelpolitik und die Erwerbslosenfürsorge besprochen. Besonders bedeutungsvoll waren die ausführlichen Darlegungen von Max Cohen über die Belastung wesentlicher Mengen von Devisen für deutsche Ausfuhr im Ausland von seiten der Industrien. Da der Reichsfinanzminister zu dieser besonders wichtigen Frage eine Stellungnahme des Reichswirtschaftsrates verlangt, beschloß man, auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen die Frage der Wiederbereitstellung der aus dem Export gewonnenen Devisen zu setzen, und zu der Verhandlung die Reichsminister der Finanzen, der Wirtschaft und der Ernährung, sowie den Präsidenten der Reichsbank zu laden.

In seinem Schlusswort bezeichnete der Vorsitzende des Ausschusses, Georg Bernhard, die parteipolitischen Schwierigkeiten, die allen Steuerprojekten bereitet werden, als das schwerste Hindernis einer wirklichen Sanierung der Finanzen. Die dringende Aufgabe der Sachverständigen des Reichswirtschaftsrates sei es, ein Reformprogramm für die Finanzen unberührt von parteipolitischen Strömungen aufzustellen.

Es wurde dann ein Steuerkontrollauschuss gewählt, der alle erlassenen und noch zu erlassenden Steuergesetze auf ihre politische Rückwirkung hin dauernd prüfen soll.

In seiner nächsten Sitzung am Mittwoch, den 12. Januar, wird der Finanzpolitische Ausschuss die Novellen zum Reichs-Einkommensteuergesetz und zum Reichsnotopfer beraten.

Tramm, Böbel und Arbeiter. Während der Beratungen erschien am Donnerstag in der Sitzung der städtischen Kollegien Hannover eine Deputation der sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen und verlangte im Namen der draußen demonstrierenden Arbeiter vom dem Stadtdirektor a. D. Tramm eine Erklärung wegen seiner in einer der letzten Sitzungen gemachten Äußerung, daß er sich von dem Böbel nicht habe unter die Räder stellen lassen wollen, als er beim Ausbruch der Revolution Hannover verließ. Der Stadtdirektor Böbel war von den Arbeitern als Beleidigung empfunden worden. Nachdem Stadtdirektor a. D. Tramm erklärt hatte, daß er mit dem Ausdruck nicht die organisierten Arbeiter gemeint habe, verließ die Deputation den Sitzungssaal wieder, und die draußen hartenden Demonstranten zogen dann ebenfalls ab.

Neben in Silber. Eine Vertrauensmännerversammlung der Deutschdemokratischen Partei von Bingen (amte dem Reichstag eine Entschlieung, worin sie ihn erucht, im Interesse seines eigenen Lebens alsbald eine Bänderung der Geschäftsbildung des Reichstages mit dem Ziel der Einschränkung überflüssiger Neben herbeizuführen.

Gauversteuer. Im Hauptausch der Preussischen Landesversammlung wurde der Gesetzentwurf betr. Bänderung der Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen, der unter Befassung wiederer Steuerföhe die Steuer bis auf das Sechsfache erhöht und 12 Millionen Mark mehr einbringen soll, von den beiden sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt, weil die bürgerlichen Parteien das Grundsteuergesetz sabotierten. Die bürgerliche Mehrheit nahm das Gesetz an.

Wegen Aufrüstung französischer Soldaten zur Revolte, bezogen durch Verbreitung einer Flugchrift, verurteilte das französische Kriegsgericht im deutschen Mainz den Kommunisten Schilling aus Böhle a. M. zu drei Jahren Gefängnis und zu einer erheblichen Geldstrafe. Der Kommunist Glaab aus Worms wurde wegen Einfuhr verbotener Schriften ins besetzte Gebiet zu einem Monat Gefängnis und 500 M. Geldstrafe verurteilt. Wegen derselben Straftat erhielt der Kommunist Stichelberg aus Mainz unter Bewilligung mildernder Umstände 500 M. Geldstrafe. — Auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft wurde ein junger Schiffer, der vor kurzem vor dem Hotel „Zum Löwen“ in Oberlahnstein, in dem zwei französische Offiziere wohnen, die französische Trifolare betatgerissen hatte, in Mannheim verhaftet.

führt werden. Würde und Verantwortung werden darüber wollen. Kein Geschäftsinteresse wird im sozialistischen Theater der Volksgenossen erotischen Spiel heischen, und der „Reigen“ wird seiner natürlichen Bestimmung zurückgegeben werden.

Staatstheater. „Die Sterne.“ Ein Drama in vier Aufzügen von Hans Müller. Albert Waffermann spielt den greisen Maximator Galileo Galilei, der den wundersamen Wandlungsweg der Erde um das Sonnensystem zum erstenmal erdachte und darum ein Greuel pfäfflicher Verfolgung wurde. Waffermann ist der glühende Held, der schon mit Schlotternden Knien vor das Gericht der Kardinalie tritt. Er mißt sich mit dem Papste in mächtigem Zwiegespräche und er soll geinmal, durch Verlockung und auch durch Drohung, bestimmt werden, die Lehre seiner Erleuchtung abzuschwören. Der Scheiterhaufen, der Savonarola verbrannt hat, wird auch ihn zerfressen, da bricht seine Willenskraft zusammen. Er kniet, er legt, wie ihm geboten wird, die Linke, die dem Herzen am nächsten ist, auf die Heilige Schrift, und er hält mit der Rechten das Vergant, aus dem er seinen Widerruf abzulesen muß. Die Stimme, die widerbrust, hat häufig. Er endet dennoch und der Papst will ihn als einen geröteten Bruder an die Brust schmiegen. Da dünnt sich die Verzweiflung, die den Alten in Todesangst gejagt hatte, noch einmal in die Widerpenitenz auf. Er schwört, daß er nicht sterblich abgeschworen hat, er beleidigt den höchsten Herrn der Kirche. Man glaubt ihm nicht mehr, man hält ihn nur noch für einen Verraten. Und er lebt noch zehn Jahre, er erblindet, er schreibt umsonst noch dem Inquisitor, dem er den letzten Widerruf seiner Treulosigkeit gegen das Götze zurücksendern will. Er sieht es nicht mehr, daß er ein Karrenspiel mit ihm getrieben wird. Es ist ein bußlicher Strafenfeger, ein verkaterer Schwächling, der die Todesbeichte des Sterbenden entgegennimmt. Waffermann legte sich eine nur theatralische Rolle tief in das Seelische hinein. Er durchdrante sie mit Geist. Er machte aus dem Geistes eines wütenden Effekthäusers einen großen Menschen. Er ist wahrscheinlich der härteste, am meisten besessene Menschendarsteller unter den deutschen Schauspielern. Es ist sehr wenig selbst von seiner Routine in ihm, die sich verteidigen ließe. Er kamt in sein Spiel viel gute Wahrheit, er schmilzt sogar ein schlechtes Bühnenspiel zur besseren Wahrheit um.

Denn es sei bekannt, daß Hans Müllers Galileo-Tragödie nur von Neugierlichem lebt. Sie wimmelt von Dingen, Erfindungen, Worten und Wendungen, die außerhalb des höheren Geschmacks und der vertieften Geschichte zu suchen sind. Die Schauspieler stützten sich auf große Rhetorik. Arthur Kraußner drohte den Stolz des Papstes, den er darzustellen hatte, im ersten Augenblicke sehr eindrucksvoll. Nachher ermüdete diese Macht, die kein Auf und Ab mehr kannte, das Ohr aufzufech. Pauline Seid-er hatte ein natives Volkstünd zu spielen, das einen Scharten von Wesen Galileis im Herzen tragen soll. Die junge Schauspielerin bewilligt vorläufig nur noch ein inhaltliches Gauseln. Sie ist noch nicht einer Verklärung der rührenden Weisheit gewachsen. Max Sachdorf.

Der Rottur der deutschen Wissenschaft. Die Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, die am 20. Oktober 1920 als die Vereinigung

aller großen wissenschaftlichen Körperschaften Deutschlands ins Leben trat und sich inzwischen einem Stifterverband angliederte, erläßt einen Aufruf an die Öffentlichkeit.

Die vorgesehene 21 Fachauschüsse sind bis auf wenige ernannt und bereits am Werke. Richtlinien und Verteilungspläne aufzustellen. Einstweilen führen diese Arbeiten aber nur tiefer in die Rot hinein und enthüllen die traurige Tatsache, daß die notwendigen Zeitschriften eingehen müssen, die wichtigsten Großunternehmungen nicht fortgesetzt werden können, neue Veröffentlichungen unentgeltlich eingeschränkt werden, Bibliotheken und Forschungsinstitute dem wissenschaftlichen Fortschritt zu dienen nicht mehr in der Lage sind, wenn nicht alsbald Hilfe kommt. Die wirtschaftliche Notlage der wissenschaftlichen Arbeiter steigt immer höher. Hunderte von Millionen sind erforderlich, soll dem Unheil auch nur in beschränktem Maße gesteuert werden.

Es wird daher erwartet, daß sich in allen Volkskreisen die helfenden Hände regen. Vor allem ist zu hoffen, daß Institute, Banken, Großhandel, Landwirtschaft und die anderen Berufsklassen mit großen Mitteln eingreifen und dabei Zerplitterungen vermeiden. Aber auch die Hilfe aller sonstigen Kreise kann nicht entbehrt werden. Unterstützung durch Freierung von Rohstoffen und anderen Hilfsmitteln ist nicht ausgeschlossen. Geldüberweisungen werden an das Konto Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, Staatsminister Dr. F. Schmidt-Tropf bei der Distriktsogellschaft oder einer der anderen Berliner Großbanken erbeten.

Das Existenzminimum des Berliner Studenten. Dr. R. Kutschera hat seine sorgfältigen Aufstellungen über die Kosten des Lebensunterhalts jetzt auch auf die Studenten ausgedehnt. Er teilt mit: Nach meinen Berechnungen kostete das wöchentliche Existenzminimum eines Mannes in Groß-Berlin vor dem Kriege: 16 75 M., im November 1920: 158 M., auf das Jahr umgerechnet bedeutet das eine Steigerung von 875 M. auf 8000 M. Es liegt nahe, diese Beträge ohne weiteres auch als den Mindestbedarf eines Berliner Studenten anzulegen. Das wäre aber irrig. Ein Student konnte früher mit 875 M. nicht auskommen und benötigt jetzt weniger als 8000 M. Als jährliches Existenzminimum ergibt sich für den Berliner Studenten:

	vor dem Kriege	jetzt
Ernährung	806 M.	8044 M.
Wohnung	240	1200
Heizung, Beleuchtung	40	540
Verkleidung	125	1984
Ausbildung	200	820
Sonstiges	82	435
Zusammen		988 M. 7878 M.

Das jährliche Existenzminimum des Berliner Studenten ist also seit der Vorkriegszeit von etwa 960 M. auf annähernd 7700 M., d. h. auf das Ahsnfache gestiegen.

Rußl. Das III. Abkommen zwischen Mark Ginzburgs, das am 7. Jan. stattfinden sollte, ist kraufheitshaber verschoben worden.

20 000 Kronen für eine Prozentumlage. Nach 20 Jahren findet in diesem Jahre wieder eine Prozentumlage zugunsten der Pensionäre der Staatsbahnen in Wien statt. Eine Herrenkarte kostet 2000, eine Damenkarte 1500, eine Prozentumlage 20 000 Kronen.

Groß-Berlin Versicherungsseuche.

Daß ein vorsorglicher Hausvater sein Leben versichert, eine Unfallpolize nimmt und Möbel und Haus (falls er eins hat) versichert, ist ganz in der Ordnung und dient dazu, den Gang der menschlichen Gesellschaft im Gleichgewicht zu halten. Auch eine Feuerversicherer ist durchaus lobenswert. Aber zu diesen alten Versicherungszweigen hat der „nimmermüde“ Menschengeschlecht (wie es so schön heißt) neue Arten geschaffen, die ihre Berechtigung weniger klar zur Schau tragen. Darf ich mich „Gegen Diebstahl“-Versicherung sind noch zu begreifen — hier liegen eben äußere Einwirkungen vor, denen gegenüber der einzelne Mensch hilflos dasteht.

Aber schon mit der Gepäckversicherung auf der Eisenbahn betritt man ein Gebiet, das im höheren Sinn unmoralisch genannt werden muß. Ich nehme ein Billett nach Leipzig und zahle für die Expedition meines Reisefoffers den dafür festgesetzten Betrag — hat die Eisenbahn nun nicht die moralische und gesetzliche Verpflichtung, die Ankunft des Koffers — und zwar des unbeschädigten — genau so zu garantieren, wie die Ankunft meiner Person selbst? Die logische Folge wäre doch, daß auch ich noch eine Versicherung für die pünktliche Beendigung einer angetretenen Fahrt nehmen müßte. Und weiter: was der Eisenbahn recht wäre, ist der Straßenbahn billig — zu welchen Umständen würde man da kommen. Aber der Gedanke, eine Extragebühr für eine auf sich genommene Verpflichtung zu erheben, hat reichend schnell Schule gemacht: ziehst du um, so ladet der Expediteur dich ein, eine Versicherung zu nehmen, gibst du ein Stück zum Härchen, so wird dir ein Versicherungsschein präsentiert, gibst du auf dem Bahnhof dein Handgepäck ab, so grinst dir ein Anschlag: „Versichere — versichere!“ entgegen. — Diese Arten des Versicherungsgewerbes sind denn doch volkswirtschaftlich sehr bedenklich und liefern noch unversicherten und kaufmännischen Formen keine gut Charakteristik.

Wer sich für eine Arbeit, die die zeitweilige Inbesitznahme eines der gehörigen Gegenstandes mit sich bringt, bezahlen läßt, hat unstrittig die Verpflichtung, diesen Gegenstand so abzuliefern, wie er ihn empfangen hat. Wenn er Befürchtungen hegt, daß die Sache während der Zeit, in der sie in seinem Besitz sich befindet, Schaden erleiden kann, so hat er sich durch geeignete Maßnahmen eventuell Versicherung — dagegen zu schützen. — Dem Publikum aber von vornherein zuzurufen: „versichere du“ — muß doch den Eindruck hervorrufen, als hätte man es mit lauter Spitzbuben zu tun. Und glücklicherweise sind die auch heute noch in der Kinderzeit...

Munitionsexplosion in der Jungfernheide.

Drei Schwerverletzte.

Schwere Explosionskatastrophe als Folge bei der Entladung von Munition sind heute an der Tagesordnung. Ein neues, schweres Unglück dieser Art ereignete sich gestern nachmittag in der Pulverfabrik Jungfernheide am Spandauer Weg, als, wie man annimmt, Teile entladener aber noch glimmernder Munitionskübel auf noch nicht entladene Munition überprangen. Hierdurch explodierte ein Munitionswagen und drei Mann wurden schwer, drei weitere leichter verletzt.

Die Namen der Schwerverletzten, die sofort nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus geschafft wurden, sind, wie uns berichtet wird:

- Bruno Kretz aus Reinickendorf, Altr. 25;
 - Gustav Lenz aus Reinickendorf, Auguste-Viktoria-Allee 40.
- Die Verletzungen dieser Männer sind sehr schwerer Natur, und zwar handelt es sich um Verbrennungen dritten Grades. Die Namen der Leichtverletzten, die im Paul-Gerhardstift Aufnahme fanden, lauten: Otto Ackermann aus der Altensteiner Straße 26; Waldemar Ellenberg aus der Großdörfchenstr. 26; Emil Raumann, Reinickendorf, Altr. 25. Die beiden vor dem Wagen gespannten Pferde rasten, durch die Detonationen erschreckt und durch die aufschlagenden Flammen verjagt, den Schwarzen Weg entlang nach Reinickendorf hin, konnten aber

schließlich aufgehalten werden. Ueber die Ursache der Explosion erfahren wir noch, daß sich auf dem Wagen von einer früheren Ladung her noch einige glimmende Pulverreste befunden haben sollen, doch kann Näheres erst eine eingehende Untersuchung ergeben. Das Rettungsteam war alsbald mit mehreren Rettungswagen zur Stelle und leistete die erste Hilfe.

Die Unterbringung von Geldern für Kriegsverletzte.

Von der Bundesleitung des Reichsbundes der Kriegsverwundeten, Kriegsteilnehmer und Kriegergeburteliebenden wird uns zu der unter obiger Ueberschrift gebrachten Notiz folgendes mitgeteilt:

Die Auflösung des Paradenlazarets Tempelhof hat mit irgendwelchen politischen Bestrebungen nichts zu tun. Es ist wohl richtig, daß von kommunistischer Seite aus versucht worden ist, die Auflösung für ihre Zwecke dienstbar zu machen. Die Lazarettinsassen weigerten sich lebhaft, weil sie glauben, daß durch eine frühzeitige Auflösung des Lazarets ihre gesundheitliche Wiederherstellung und die sich daran anschließende ordnungsmäßige Zurückführung ins bürgerliche Leben gefährdet sei. Die Lazarettinsassen mußten ihren Widerstand gegen die Lazarettauflösung aufgeben, nachdem sie erfahren hatten, daß die Angehörigen des Lazarets mit Stimmenmehrheit der Auflösung zugestimmt hatten. Die Ueberführung der Kranken in andere Lazarett und derjenigen, deren Behandlung zu Ende geführt ist, ins Uebergangshaus, war bereits verfügt, ehe von den Unregelmäßigkeiten der in der Notiz genannten Vertrauensleute etwas bekannt war. Am Montag, den 3. Januar, an dem Tage, an dem die Ueberführung stattfinden sollte, fanden sich die Lazarettinsassen in einer Versammlung zusammen, um die Abrechnung über die festgesetzte Weihnachtsfeier entgegen zu nehmen. Es ist richtig, daß die Vertrauensleute die Abrechnung nicht fertiggestellt hatten. Dies war aber erst dadurch aus Tageslicht gekommen, daß Lazarettinsassen, die Mitglieder des Reichsbundes waren, ihnen zugedachte Geldunterstützungen nicht erhalten hatten. Der amtierende Vertreter des Reichsbundes veranlaßte infolgedessen sofort die Wahl einer Kommission, die die Abrechnung und Prüfung der Belege vorzunehmen hatte. Das Ergebnis wurde am nächsten Vormittag in einer zweiten Versammlung bekanntgegeben und war aus dem Bericht zu entnehmen, daß tatsächlich Belege für eine größere Summe Geldes fehlten. Die genaue Summe konnte noch nicht angegeben werden, weil noch Ermittlungen über die Höhe der einzelnen Spenden im Gange sind. Die beiden Vertrauensleute sind nicht flüchtig, sondern befinden sich noch in hiesigen Lazarett und hat sich einer der beiden bereits bereitwillig, die fehlenden Beträge zu decken.

Aus Vorstehendem ist zu ersehen, daß die Auflösung des Lazarets mit diesen Unregelmäßigkeiten nichts zu tun hat.

Schieberdorado.

Nachtzüge und Apfelst. .

Komänge aus dem heutigen Berlin bei Koch bildeten die Grundlage einer Anklage, die gestern die Strafkammer des Landgerichts II unter Ausschlag der Öffentlichkeit beschälte. Es handelte sich um ein Strafverfahren gegen die „Tänzerinnen“ und Veranstalter von sogenannten „Nachtzügen“ überst. Wegen Erregung öffentlichen Unruhe, unerlaubter Veranstaltung von Tanzaufführungen und wegen Schandvergehens waren angeklagt: der schon mehrfach vorbestrafte Kunst- und Damenimpresario Leo Louffain, der Kaufmann Kurt Bod, der Schankwirt und Rentnempfänger Hermann Reichle und eine Anzahl „Damen“.

Der aus guter Familie stammende Angeklagte Louffain ist ein anomaler veranlagter Mensch, der schon auf der Schule deshalb auffallen war. Er und Bod veranstalteten in Gemeinshaft mit den mitangeklagten „Nachtzügen“ in gewissen Schankwirtschaften, Privatwohnungen von Halbwesibanden sowie in extra zu diesem Zwecke gemieteten Bäden Tanzaufführungen. Louffain selbst trat als spanische Tänzerin auf und benahm sich in der schamlosesten Weise. Die Teilnehmer an diesen Veranstaltungen setzten sich aus Schiebern, Kriegsgewinnlern und Ausländern zusammen, welche von den als Schlepper dienenden Tänzerinnen und dem Angeklagten Bod nach Schläg der großen Vergewaltigungen in der Friedrichstadt auf die Veranstaltungen dadurch aufmerksam gemacht wurden, daß man ihnen kleine Märchen mit den Worten „D.N.G. (Damen-Nacht-Club), Schöneberger Allee 44“, in die Hand drückte. Bei den „Nachtzügen“ wurden natürlich Repppreise gefordert und gezahlt. So u. a. für eine Flasche „Apfelwein“

Sacharin-Champagner“ 250 M., für einen „Vollschweiß“, d. h. einen aus ungerinigtem Brennspiritus hergestellten „schweizerischen“ Konak 20 M. Diefem Treiben wurde schließlich durch den Kriminaloberwachmeister Borninger, dem ein „Spanner“ verhänglich ein Märchen in die Hand gedrückt hatte, ein Ende bereitet.

Staatsanwaltschaftsdirektor Dominik vertrat den Standpunkt, daß man beratige Schweinereien nur mit den härtesten Strafen bekämpfen könne. Das Gericht kam zu einer sehr milden Beurteilung und erkannte gegen Louffain auf 6 Monate, gegen Bod auf 3 Monate Gefängnis und gegen die übrigen Angeklagten auf je 500 Mark Geldstrafe.

Beachtet den Bannkreis!

Verschiedene anderwärts vorgekommene Verletzungen der Bannkreisgesetze veranlassen den Berliner Polizeipräsidenten, erneut auf die Beachtung der Bannmeile hinzuweisen. Folgerhandlungen können auf keinen Fall geduldet werden. Die Polizei hat strengste Befehle, die ihr pflichtgemäß obliegende Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze des Bannkreises mit allen Mitteln und unter allen Umständen zu gewährleisten.

Wie Postbeutel verschwinden.

Das mysteriöse Verschwinden eines Postgeldbeutels mit 119 000 Mark Inhalt bildete den Mittelpunkt einer Anklage wegen Diebstahls in mehreren Fällen, die den ehemaligen Postauslieferungsbefehlspächter gestern vor die 3. Strafkammer des Landgerichts I führten.

Am 13. Oktober abends gegen 1/8 Uhr wurde wie allabendlich ein zweirädriger Postwagen vom Postamt in der Eisinger Straße nach dem Postamt 18 geschafft. Unter den Sendungen, die in den Wagen geladen waren, befand sich auch ein verpackter Geldbeutel mit 119 000 M. Die Verladung dieses Geldbeutels erfolgte durch den Postfaktierer Ehler, der den Transport zu überwachen und zu begleiten hatte, und der Postbote Rella, der bei der Verladung zu helfen hatte, soll der Sicherheit wegen den Geldbeutel in den Wagen hinein in eine Kiste zwischen andere Poststücke gelegt haben. Der Wagen wurde vom Angeklagten verschlossen, den Wagen Schlüssel übergab er dem Ehler. Der Transport wurde außer von letzterem und dem Angeklagten noch vom Oberschaffner Hedert begleitet. Nach etwa 30 Sekunden bemerkte Hedert, daß die Wagentür offen stand und bei einer sofortigen Durchsuchung des Wagens durch die Beamten wurde festgestellt, daß der Geldbeutel mit den 119 000 M. verschwunden war. Von wem sofort Nachforschungen nach dem Verbleib an, die aber keinen Erfolg hatten. Der Angeklagte war nun beschuldigt, den Beutel gestohlen zu haben. Wie die Vernehmung ergab, war das Schloß des trotzdem noch immer benutzten Wagens schon seit einiger Zeit schadhaft und konnte fast mit jedem Schlüssel geöffnet werden. Die Anklage ruht an, daß der Angeklagte kurz vor dem Verschließen des Wagens den Beutel herabgenommen und einen Mittäter angeleitet habe, dann aber die Tür nach Abgabe des Schlüssels an Ehler wieder geöffnet habe, um den Anschlag zu erwirken, daß während der Fahrt der Beutel aus der ausgepungenen Tür herausgefallen sei. Der Angeklagte bestritt entschieden den Diebstahl, gab aber andererseits die ihm ferner zur Last gelegene Anklagefälle zu. Er hat sich danach 8 Jahre, die sich auf dem Postamt 18 befanden, rückwärts zugewandt, ebenso hatte er sich auf betrügerische Weise in den Besitz von 1000 M. gesetzt, die auf telegraphische Postanweisung empfangen waren.

Das Gericht hielt nach der Vernehmung die Angeklagten doch in allen Fällen für schuldig und verurteilte ihn zu drei Jahren Gefängnis.

Tod durch eine Kinderfaust.

Mit der schweren Anklage der Körperverletzung mit tödlichem Ausgange, für die sonst das Schwurgericht zuständig ist, beschäftigte sich gestern das Jugendgericht des Landgerichts II. Angeklagt war der jetzt 15jährige Präparandenführer Ebert Grandt aus Neufölln. — Der Angeklagte, dem sonst das Zeugnis eines fleißigen und gestützten Schülers ausgestellt wird, spielte eines Tages mit mehreren gleichaltrigen Kameraden auf einem Stummelplatz in Neufölln. Das Spiel hatte den Namen „Herzschämchen“. Einer verjagte den andern aus einem Torringang hinauszuführen und der nächste sollte Sieger sein. Hierbei purzelte der 14jährige Schüler Schmidt mehrere Male etwas unanständig zu Boden und hierüber ergrimmt, warf der dem Angeklagten mit den Worten: „Nun wollen wir uns einmal errei-

Schweres Blut.

Roman von Jubani Mo.

Zu uns kommen keine Diebe. Bei uns ist noch keiner besucht worden, so weit wie der Rufe zum Hofe klingt. In Jubas Gehöft kommt kein Bandit. Und wenn einer käme, würde er weggejagt! Sie fragen um Erlaubnis, ehe sie was nehmen. Nun komm! So einer ist der Juba!

Während sie zur Badestube hinuntergingen, schlug Schemmeffa seinen Wirt auf die Schultern.

So einer ist er! Ein tüchtiger Kerl. Der beste alte Knabe von der Welt!

Juba lachte aus vollem Halse und ging dem anderen voran in die Badestube.

Marja stand in dem Vorraum, als die Männer kamen, und lehrte ihnen den Rücken.

„Se, Wirtin!“ rief Schemmeffa, splitternackt an ihr vorbeigehend. Aber Marja wachte den Kopf nicht um. Erst als sie hörte, daß sie auf den Schwibbänken saßen, schlüpfte sie durch die Tür hinein, um die Quäste auf dem Ofen zu weichen.

„Bist wahrhaftig ein stattlicher Bursch.“ sprach Juba. „Der Rücken wie eine schwache Föhre, die Unterschenkel fein wie bei einem Elch, die Oberarme wie die eines Schlittensfüßlers — eine Kunst, mit denen über den Zaun zu kommen! Meine hier sind ein bißchen krumm, weil sie mich zu jung im Rausschlupfen haben stehen lassen, aber ich komme auch damit vorwärts.“

„Da nimm.“ sagte Marja, die Quäste hinstreckend.

„Gib sie mir her und sei nicht so blöde. — Sieh auch mal dem feine Arme an — die haben sich nicht in den Blugfsterzen gewiegt — na, da sind sie hingefallen!“

„Nun ja — da nimm!“

Marja hob die Quäste vom Boden auf und reichte Juba den einen, während sie den anderen an ihm vorbei Schemmeffa in die Arme warf.

„Au!“ rief Schemmeffa.

„Oh, hat's weh getan?“

„Ja.“

„Wo denn?“ flüchelte Juba.

„Nagelwo.“

Juba, dem der Dampf und das Behagen und der starke Teank immer mehr zu Kopfe stiegen, lachte und brachte auch Schemmeffa zum Lachen. Aber Marja schrie wie aufgebracht:

„Verfluchte Tangenicht!“

„Nehmt Dampf!“ schrie Schemmeffa. „Nehmt Dampf, schöne Frau!“

„Nehmt mehr?“

„Genug, genug!“

Marja goß noch einmal, wie zum Trost, Wasser auf den Ofen, zog sich dann in den Vorraum zurück und hörte dort alles, was die Männer in der Badestube sagten, wenn im Klatschen der Quäste eine Pause entstand.

„Nimm, jetzt werde ich dich abwaschen.“ sprach Juba.

„Stred dich aus. Sie hat ja gehörig draufgeschossen. So recht aus der Hülle. Na, die zieht mächtigen Dampf aus dem Ofen, wenn sie will. Das ist eine, das ist eine . . . hätte nicht geglaubt, daß ich alter, etwas verkrüppelter Knabe eine so Junge und Stattliche bekomme.“

„Ihr seid doch kein Krüppel?“

„Ich binke ja etwas, weil mich einmal ein Bär ins Bein gebissen hat. Dort sind noch die Narben von den Böhnen, und da ist die Sehne durch. Beim Gehen macht es nichts aus. Und ich merke es auch nur vor einem Wetter.“

„Ein Fremder merkt nichts.“

„Ich hätte sie vielleicht auch sonst nicht bekommen.“ — Juba dämpfte die Stimme und glaubte nur noch zu flüstern — „dreh dich etwas auf die Seite . . . hätte sie vielleicht auch sonst nicht bekommen, aber da ich sie mir von Klein auf, von der Wiege an, selbst gezogen, wie die beste Kindermaid geackaufelt habe — ihre Mutter kam zu uns dort in das alte Korhula in dem Hungerjahr und brachte sie zur Welt und starb — ja, da ich sie da selber aufgezogen und zu einem Menschen gemacht, lesen gelehrt und zum Abendmahl geschickt habe, habe ich sie dann genommen, weil niemand anders da war, der sie genommen hätte, obwohl meine Mutter und die ganze Familie dagegen waren, weil sie nichts hatte und aus dem Russischen stammt.“

„Aus dem Russischen?“

Der Quast hörte auf zu klatschen.

„Aus eurem Stamm. Dorthier war auch die Mutter, wie sie sagte, aber genauer weiß man nicht; wohl ein leibeigenes Mädchen, aus ihrem Aitadriel entflohen; dort sollen ja die

Wauern mit ihren Mägen machen, was sie wollen; weiß nicht, ob's so ist.“

„Reißt mir auch noch etwas die Fußjohlen!“

„Aber einerlei, von wem sie stammt.“ hörte Marja ihren Mann fortfahren — dieselbe Geschichte, die er immer seinen Gästen erzählt, wenn er sich nur etwas die Nase begoffen hat, der Käsel. — „Sie ist darum nicht schlechter als die Mädchen hierherum. Meine Mutter hätte mir eine von den Reichen aufgeholt, und die hätte ich vielleicht auch bekommen; immer kommt gern eine in ein fertiges Gehöft . . .“

„Daß er den Mund nicht hält!“ fuhr Marja bei sich dazwischen.

„Daher ihrer Schwiegermutter daß auf sie, daß ich sie genommen habe. Manchmal ist die Alte bei ihren Besuchen so böse, daß ich sie mitten in der Woche heimbesördern muß. Aber eine gute Zucht hat sie ihr feinerzeit beigebracht und sie zu den Arbeiten angelehrt. Jetzt erholt sie sich auch darüber: Wenn ich gewirbt hätte, daß ich mir aus dem Bettelmeißen eine Schwiegermutter ergo, dann hätte ich sie nicht beschiednen, wie man eine Nadel ins Lehn fädelt. Aber was wollte ich gleich sagen? Leg dich auf den Leib, dann streiche ich dir auch über die andere Seite.“

„Es ist genug.“ sagte Schemmeffa. „Ihr sagtet eben, ihr hättet euch nicht an die Reichen gelehrt, obwohl sie zu haben gezeihen wären.“

„So gewiß!“ — Schemmeffa stieg von der Schwibbänke und setzte sich weiter unten nieder. Juba sprach oben weiter, während er sich jetzt selbst mit dem Quast peitschte — „ja gewiß, aber sie lieben mich alle kalt, habe sie nicht von vorn und nicht von hinten angesehen, diese war mir ins Blut gegangen. Es zog mich nur zu der Marja.“

„Wie es den jungen Specht in den Baum zieht?“ hörte man Schemmeffa summen.

„Ei, was sie gut und nett sein kann, wenn sie will, lieb und munter, wie solch ein Quast im Sommer.“

Schemmeffa ließ ein kurzes unanständiges Lachen erklingen. Marja hätte mit einem Holzhack gegen die Tür schlagen mögen.

„Aber sie kann auch böse sein — ist sie dort im Vorflüchchen?“ Sieh mal nach!“

Marja konnte gerade noch hinter die Tür schlüpfen, als Schemmeffa sie ein wenig öffnete. (Fortf. folgt.)

Briefkasten der Redaktion.

N. 8. 26. Die Tochter aus erster Ehe bezieht nur den Vater. — **N. 8. 26.** 1. u. 4. Rein. Der Schuldner muß jetzt die Einstellung der Zwangsversteigerung beim Amtsgericht (Volksredaktionsabteilung) beantragen. 2. u. 3. Ja. 3. In der Richtungsrichtung von Vollstreckungsmaßnahmen. 6. Um 15. zum Schluß des Monats. Ist der Mietzins nach Monats bemessen ist. 7. Rein. Das Vermögen des Schuldners kann aber nicht, wenn das geistige und leibliche Wohl des Kindes gefährdet wird oder wenn Sie sich eines unethischen Verhaltens schuldig machen. — **N. 1.** Wenden Sie sich an die Kriegsfürsorgestelle Ihres Bezirks. — **N. 6. 100.** 1. Haushaltsgütergegenstände, die an Stelle der ein-

gebracht nicht mehr vorhandenen oder wertlos gewordenen Güter angekauft werden, gehören ebenfalls zum eingebrachten Gut der Frau. 2. Dem Manne. 3. Dem Manne und der Frau. 4.—6. Das kommt auf die näheren Umstände an. Seltensfalls sind Sie zur Ehevertragsklage berechtigt, wenn Ihnen auf Grund des Verhaltens Ihrer Frau die Fortsetzung der Ehe nicht mehr zu beweislich. Scheidungsklage verfahren innerhalb 6 Monaten. Die Beweisaufnahme wird unterbrochen, wenn die häusliche Gemeinschaft der Eheleute aufgehoben wird. 8. Rein. — **N. 20. Ja.** — **N. 2. W.** Richten Sie einen Antrag an das Versicherungsamt, Kriegerrente. Das ärztliche Attest können Sie beifügen. — **N. 114. Ja.** Wenden Sie sich an die Kriegsfürsorgestelle Ihres Bezirks. — **N. 1. Ja.** — **Charakterfrage** Ins. 12. 1. Zur Abklärung bedarf der Brief der Genehmigung des Mietvertragsamtes. 2. Rein.

Einige Mietvertragskriterien und auch zum Teil die Gerichte sind anderer Meinung. 3. Verlangen Sie für den Lohnausfall Erwerbslosenunterstützung. Der Arbeitgeber ist zur Zahlung einer Entschädigung nicht verpflichtet. 4. Die tatsächlichen Aufwendungen. Die abzugfähigen Beträge sind im § 25 des Reichseinkommensteuergesetzes aufgeführt. — **N. 8. 77. 1. Ja.** Wenden Sie sich an das Standesamt. 2. Rein. 3. Richten Sie sich nach der Höhe der Rente, die dem Vater zugestanden werden würde, wenn er am Leben geblieben wäre. — **N. 2. 20.** Der Schein wird vom Amtsgericht erteilt, an das Sie sich deswegen wenden wollen. — **N. 1.** Das Mietvertragsamt muß die Abklärung der Vollziehung des Vertriebes ab. — **N. 37.** Diese Auskunft erhalten Sie am genauesten durch die Zeitung der betreffenden Schule.

Inventur - Ausverkauf.

Teppich-Bursch.

Bedeutende Preisermäßigung in allen Abteilungen. nur vom 10.-22. Januar.

Verkauf nur Spandauer Str. 32.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Dienstag, den 4. Januar, an den Folgen eines am 31. Dezember 1920 erlittenen Schlaganfalls unter langjähriger Mitarbeit, der Hauptflüssiger unseres Verbandes, der Kollege
August Hapke
im Alter von 55 Jahren gestorben ist.
Immer bereit, seine Kräfte zur Mitarbeit zur Verfügung zu stellen und den Kollegen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, läßt ihm ein dauerndes Andenken in der Zahlstelle Berlin.
Die Einäscherung findet heute, Samstag, den 3. Januar, nachmittags 1 Uhr, im Krematorium, Baumgartenweg, Rixdahlstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.
Die Ordoverwaltung.

Nach kurzem, schwerem Leiden verschied am 1. Januar 1921 in Meran mein geliebter und unvergeßlicher Gatte, unser Vater, der Bankier
Otto Markiewicz
im Alter von 45 Jahren.
Die untröstlichen Hinterbliebenen
Aurelia Markiewicz geb. Weidner
Herbert, Margarete, Anita
Als Schwiegereltern und Schwägerin:
Julius Weidner, Mirjam, Leah
Berlin, den 5. Januar 1921.
Von Kondolenzbesuchen bitte man Abstand zu nehmen.
Der Zeitpunkt der Bestattung wird noch bekanntgegeben.

Die Marg'sche
Geschichts- u. Staatslehre
Von Prof. Heinrich Cunow
Zwei vornehme, stark behaltenswerte
Einfache auf die neueste Forschung gegründete
großartige marxistische Soziallehre
wie sie bisher in der Literatur
gänzlich fehlte!
Der erste Band liegt bereits vor, der zweite folgt in den nächsten Monaten
Preis des ersten Bandes
in Halbleinen gebunden **RM. 42,50**
und Postmontagezuschlag
Bestellschein
Ich bestelle hiermit — Exempl.
Cunow: Die Marg'sche Geschichts- u. Staatslehre / 2 Halbleinenbände / Preis für den 1. Band **RM. 42,50** + 20%
Diesen Bestellschein bitten wir auszufüllen und ausgefüllt sowie unterzeichnet im Druckmaschinenwert einzuliefern an:
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 65, Lindenstr. 2

Wilhelm Groger
ihrem lieben, treuen Parteigenossen zu seinem
70. Geburtstag
die herzlichsten Glückwünsche.
Die Genossen der 22. Abteilung (Neußölln)

Möbel
zu bedeutend herabgesetzten Preisen
Bar oder Teilzahlung
bei kleinsten An- u. Abzahl.
Bgl. Wohnungseinfach.
Schlafzimmer, Wohnzimm., Herrenzimmer, Speisest., Bunte Küchen
Einzelne Möbel
Liefere auch n. auswärt. Lagerung kostenlos.
Möbel - Cochu
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. vom Alexanderplatz.
Filiale: Badstr. 47-48, 5 Min. v. Bf. Gesundbr.

Asthma
Heilbar. Gesehunden durch Gesehunden in Gesehunden jeden Mittwoch von 9-12 Uhr Hotel Stadt Magdeburg, Schloßplatz.
Professor Leche's Institut, Freiberg in Sachsen. 23/25

Zinn
Lagermetall
Kupfer etc.
kauft
Wiemer
Putbusser Str. 30, 1
Mirbachstr. 4, Hof
Pankow, Wollankstraße 31.

Möbel
zu bedeutend herabgesetzten Preisen gegen bar und auf Teilzahlung
Bürg. Wohnungseinfach.
Wohnzimm., Schlafzimm., Speisest., Herrenzimmer.
in großer Auswahl
Einzelne Möbel
Farbige Küchen
Teppiche
Beiser
Lothringstr. 67.

Am 1. Januar 1921 starb in Meran nach kurzem Leiden der Chef unseres Hauses
Herr Otto Markiewicz
In dem Dahingeshiedenen betrauern wir nicht allein den klugen, weitblickenden Chef, dessen außergewöhnliche Begabung und ungeheure Arbeitskraft alle mit Bewunderung erfüllte, sondern vor allem den Menschen, der uns ein wahrer Freund war und jedem einzelnen von uns nahestand.
Wir werden sein Andenken in hohen Ehren halten.
Berlin, den 5. Januar 1921.
Die Prokuristen, Bevollmächtigten u. Beamten des Bankhauses Otto Markiewicz.

Möbel auf Bar oder Kredit
in den billigsten Preisen u. leichtesten Bedingungen. — Liefere auch auswärts.
Möbel-Groß
Große Frankfurter Straße 141
Invalidenstr. 5, Eingang Kaserstr.

Metallankaufsstelle
Osten, Grüner Weg 80.
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Kupfer
Rotgüß, Messing, Blei
kauft
Tütel,
Schwefelberger Straße 8.
!!! Geld !!!
für jede Wertpapiere, höchste Ankaufspreise für Pfandbriefe, Wechselscheine, Goldgegenstände, Leasinge, Bücher usw. Volk, Friedrichstr. 41 III. Gdr. Raditz
Zinn u. Blei
sowie alle Altmetalle kaufen zu Tagespreisen
Metallschmelzwerke,
Waldemarstr. 74.
Telephon Moritzplatz 9258

Dauer-Kragen
3 M.
4 M.
8 M.
usw.
wachen Fabrikauflösung
Taubert, Markgrafenstr. 78

Wir erfüllen die traurige Pflicht, Kenntnis zu geben von dem Hinscheiden unseres Aufsichtsratsvorsitzenden bzw. Aufsichtsratsmitgliedes,
des Herrn Bankier
Otto Markiewicz
Wir verlieren in dem Dahingeshiedenen den treuesten Freund und wertvollsten Berater unserer Gesellschaft, der uns jederzeit mit seinen Erfahrungen zur Seite stand. Dem Entschlafenen werden wir ein unvergängliches Erinnern bewahren.
21/18

bediengen in Qualität und Preis.
Bezugsquellen durch:
Kleins Tabakfabriken
o. H.-G.
Schifferstadt (Rheinpfalz) 212.

Pianos Flügel
bis 15. Jan. Inventurpreise, preiswerteste Gelegenheit.
Pianohaus
Alexanderstraße 37,
gegenüb. Polizeipräsidium

Brillanten Perlen, Smaragde
kauft zum höchsten Kurs (auch ganze Rohstoffe)
W. Weisager,
Leipziger Straße 112, Eingang Mauerstraße

Aktiengesellschaft für Handel und Verkehr.
Schmelz- und Hüttenwerk
Oberschöneweide A. G.
Gesellschaft für den Bau von Müll- und Schlacken-Verwertungsanlagen A. G.

Darüber freut sich jedermann:
Den Anzug baut auf „Ab und An“
Der Schneider Julius Fabian
Gr. Frankfurter Str. 37 nur 11 Tage

Pelz-Haus
ALBUCA
Inventurverkauf
zu billigen Preisen.
Leipziger Straße 58.

Zinn! Lötlina! Weißmetall!
Kupfer! Messing! Nickel!
Aluminium! Zink!
Salpeters. Silber! Quecksilber!
Stanniolpapier! Flaschenkapeln!
bis 15. — kauft Edelmetalle in Einkaufsbüro, Weberstr. 31.
Sendungen von außerhalb werden prompt erledigt!

Keine Frau
Frau B. Koopmann, Berlin 217, Potsdamer Str. 104.
5000 M. Belohnung!
Donnerstag, den 6. Januar, abends geg. 5 Uhr, ist aus meinem Auto in der Einfahrt meines Grundstücks stehend
Pelzdecke ca. 180 x 150 cm
aus schwarzem Skunkpelz mit weißen Stellen, runder Tuchbeutel, gestohlen worden. Für die Herbeischaffung wird obige Belohnung ausgesetzt. 9/13
Stralauer Straße 44/45.

Drei Millionen
Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, alte und neue Heeresang. u. die Behörden
brauchen dringend
zuverlässigen Rat und Auskunft in den schwierigen Fragen der Militärversorgung. Sie erhalten ihn durch
den Kommentar
zum Reichsversorgungsgesetz von Hermann Müller, der alle einschlägigen Gesetze und Verordnungen umfaßt. Preis 7.— Mk. und 20 Proz. Teuerungszuschlag
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 2

Dr. med. Hollaender,
Spezialarzt für Haut-, Frauen- und Nasenleiden
Behandlung ohne Quecksilber, ohne Berufsstörungen,
Blutuntersuchung.
Luftl. Broschüre Nr. 19, diskret verschlossen Mk. 2,50
Berlin W 8, Leipziger Straße 108 II.
Täglich 11-1, 5-7, Sonntags 11-1. 187/4*

Münzstr. 24 Erste Etage

BERLOWITZ

Münzstr. 24 Erste Etage

Damenstiefel

hoher Schaft, Lackkappe, gute Qualität.

139.-

Für internationale Einheit!

Wie wir bereits in unserer Donnerstag-Abendausgabe mitteilten, hat das von der Zweiten Internationale eingeleitete britische Aktionskomitee eine Aktion zugunsten der Wiederbereinigung der Internationale eingeleitet. Es ist folgendes Schreiben an alle sozialistischen und kommunistischen Parteien der Welt gerichtet worden, das wir nun in der Lage sind, im Wortlaut zu veröffentlichen:

Werte Genossen!

Wie Sie wissen, beauftragte der im vergangenen Juli in Genf tagende Kongress der Zweiten Internationale die Britische Arbeiterpartei (British Labour Party) mit der Aufgabe, mit den anderen sozialistischen und Arbeiterorganisationen in Fühlung zu treten, zwecks Wiederaufbau der Zweiten Internationale, und die Britische Arbeiterpartei nahm unter der Voraussetzung, daß man ihr völlig freie Hand lasse, das Anerbieten an.

Sie tat dies in dem vollen Bewußtsein der ihr bevorstehenden Schwierigkeiten, jedoch in der Überzeugung, daß alle sozialistischen Organisationen so dringend die Notwendigkeit internationaler Einheit fühlen müssen, daß sie gern jeden ehrlichen Versuch erörtern würden, diese Einheit zu sichern.

Der Krieg und die Internationale.

Als der Krieg ausbrach, war die internationale Sozialistenbewegung nicht stark genug, um die von militärischem Imperialismus und Kapitalismus geschaffenen Strömungen zu brechen. Sie versuchte dies 1912 in Basel und noch wenige Tage vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten auf einer Konferenz in Brüssel; ihre Versuche waren aber vergebens. Sowohl das sozialistische wie auch das nichtsozialistische Europa zerfiel in nationale Gruppen, je weiter das Ringen fortschritt, und manche dieser Gruppen, die jetzt die Zweite Internationale wegen ihres Mißlingens am bittersten tadeln, schlossen sich dem Totentanz an. Reise- und Besuchsvereinigungen machten während der ersten Kriegsjahre das Abhalten von Konferenzen unmöglich, und diejenigen, welche man abhalten konnte, waren in so geringem Maße repräsentativ, daß sie angesichts der schrecklichen Aufgaben, die ihrer Lösung harreten, von keinem Werte sein konnten. Selbst als im Jahre 1917 sich die Zweite Internationale regte und sozialistische und Arbeiterdelegationen nach Stockholm berief, waren diese Schwierigkeiten noch immer so groß, daß die Absicht des fungierenden Bureaus aufgegeben werden mußte. Wir britischen Vertreter, obgleich voller Eifer, die Versammlung zu besuchen, konnten keine Pässe bekommen. Derartig verblieb die Lage, und Europa wurde von seinen militärischen und nationalen Gruppen beherrscht bis zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes.

Nach dem Waffenstillstande.

Gleich nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes regte sich auch wieder die Zweite Internationale und auf Anlaß der britischen Sozialisten wurde eine Konferenz nach Bern einberufen, um die sozialistische Bewegung wieder mit einer internationalen Organisation zu versehen. Natürlich war die Versammlung nicht durchaus einig, und Meinungsverschiedenheiten waren offenbar. Die britischen Delegierten waren der Ansicht, daß alle diese Meinungsverschiedenheiten zurückgestellt werden sollten, und daß jedem die Möglichkeit geboten werden sollte, sich national zu betätigen, daß internationale Spaltungen jedoch, die durch verschiedene Einzelheiten in der Nationalpolitik bezwungen werden könnten, zu vermeiden seien, indem die Sozialisten miteinander Fühlung behalten sollten, während der revolutionären Periode, die zweifellos dem Kriege folgen müsse. Wir setzten unsere Versuche in Amsterdam (April 1919), Luzern (August 1919), Genf (August 1920) fort. In Bern wurde ein Komitee gewählt, um eine neue Verfassung auszuarbeiten. Die Franzosen, die deutschen Unabhängigen, die Österreicher verpfändeten sich, daran mitzuarbeiten, diese Verfassung befriedigend zu gestalten. Wir haben unsere Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen ausgeführt. Wir bedauern, daß unsere Bemühungen nicht so erfolgreich waren, wie wir gehofft hatten. Die Spaltungen hatten sich erweitert, und eine ausgedehnte Propaganda hatte sich zum Ziele gesetzt, nationale Sektionen von der Zweiten Internationale loszureißen.

Der Angriff auf die Zweite Internationale.

Viele dieser Angriffe auf die Zweite Internationale machen entweder auf dieselbe als „Internationale“ gar keinen Eindruck oder sind völlig ungerecht. Wenn es auch wahr ist, daß während einer Zeit von nationaler Not, als überall Not und Furcht tobten, gewisse sozialistische Abteilungen sich entschieden, mit ihrer Regierung einen Block der nationalen Verteidigung zu bilden, so darf man nicht vergessen, daß das beinahe von jeder sozialistischen Organisation zu einer oder der anderen Zeit während der Periode von 1914 bis 1918 gesagt werden kann, und daß daher nur wenigen Abteilungen das Recht zusteht, die anderen mit Steinen zu bewerfen. Wir müssen die zukünftige Internationale nicht nach den Kriegsjahren beurteilen, sondern nach den Richtlinien, die sie jetzt befolgt. Sie, sie selber, muß ihre Statuten bestimmen, und ihre Verteidigungsmassnahmen wie auch ihre Verbote aufstellen. Das zu tun hat ihr bis jetzt jede Möglichkeit gefehlt.

Seit dem Waffenstillstande.

Nach dem Waffenstillstande versuchte man es in manchen Ländern mit weiteren politischen „Blöcken“ für beschränkte zeitweilige Zwecke. Die britische Arbeiterpartei beschloß, soweit sie in Betracht kam, nichts mit solchen Koalitionen zu tun zu haben. Andere nationale Abteilungen (unter ihnen einige, die jetzt die Zweite Internationale tadeln, weil alle ihre Abteilungen nicht der Linie der britischen Kameraden folgten), entschieden anders. Lassen sie es sich doch bringen angeschlossen sein, diese Zwischigkeiten zum Gegenstande einer gründlichen Erwägung zu machen, ehe sie zur Entscheidung für Abfall und Spaltungen in den Reihen der Arbeiterbewegung gemacht werden.

Überdies sind die seit dem Waffenstillstande gegen die Zweite Internationale gemachten Anschuldigungen unwahr. Jede ihr angegliederte Organisation hat sich der antirussischen Politik ihrer nationalen Regierung widersetzt, und wir selbst können den Anspruch erheben, daß wir — und dies ist nur ganz bescheiden erwähnt — jedenfalls ebensoweit getan haben durch gewerkschaftliche und politische Tätigkeit, um unsere Regierung zu verhindern, die Feinde der russischen Regierung mit Munition zu versehen, als die Sektionen, die am heftigsten ihr Glaubensbekenntnis zu Moskau ausdrückten. Die Zweite Internationale hat ebensoweit getan wie die Dritte (außerhalb Rußlands selbst) bei der Bekämpfung der kapitalistischen und imperialistischen Angriffe auf Rußland. Auch in jeder anderen Angelegenheit, die sich auf die kapitalistische und imperialistische Herrschaft nach dem Kriege bezieht, haben wir einen Standpunkt eingenommen, der in herabragendem Vergleiche steht mit dem der anderen Organisationen, welche angegeben, die Zweite Internationale für ihren Verfall zu schwächen zu finden. Alle die internationalen Konferenzen von 1919—1920, die in Bern, Amsterdam, Luzern, Genf abgehalten wurden, untersuchten die durch den Krieg herbeigeführten Fragen, sowohl in deren großen Linien (Friedensvertrag, Völkerbund, Verantwortlichkeit für den Krieg), als auch deren Anwendung auf die besonderen Ergebnisse der territorialen Fragen (Dänemark, Georgien, Estland, Armenien, Ungarn, Ukraine, Österreich, Polen, Saargebiet, Irland, Palästina, die Balkanstaaten, Griechenland, Bessarabien, Kleinasien, Indien, Sibirien, Litauen). Diese Konferenzen beschäftigten sich ebenfalls mit solchen Fragen wie Rückkehr der Kriegs-

gefangenen, Hungernot, Blockade, internationaler Handel, und in Luzern wurde aufs strengste gegen die Ententepolitik reaktionärer Einmischung in Rußland und Ungarn protestiert.

Sie versuchte mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Parteien zu bestimmen, den ungarischen Sozialisten zu Hilfe zu kommen. Die Heise der britischen Kommission nach Ungarn war das direkte Ergebnis der Resolutionen der Zweiten Internationale.

Die Internationale unternahm auch einen Versöhnungs- und Vereinigungsversuch in dem Streite zwischen den sozialistischen Parteien Deutschlands. Eine internationale Untersuchungskommission verbrachte mehrere Wochen mit dem Studium der Judenverfolgung in Polen, und hat auch andererseits, wie zum Beispiel in der Zwietracht der deutschen und polnischen Parteien betreffs des Plebiszits in Oberschlesien, erfolgreich eingegriffen.

Vieles, zu dem sich die der Dritten Internationale angehörenden Organisationen oder solche, die uns verlassen haben, bekennen, ist eigentlich nur ein Echo des von der Zweiten Internationale Gelegenen, und wir haben unsere Beschlüsse durch die Tat bekräftigt. In allen diesen Punkten kann die britische Arbeiterpartei, ihrer Anhänglichkeit an die Zweite Internationale zufolge, getrost zum Vergleiche mit irgendwelcher anderen nationalen Abteilung in der Welt auffordern.

Die Verteidigung sozialdemokratischer Regierungen.

Ein dritter Angriff, den wir nicht zu umgehen suchen, ist auf die Zweite Internationale gemacht worden. Einige sozialdemokratische Regierungen sahen sich plötzlich in den ersten Tagen nach dem Kriege bewaffneten Empörungen gegenübergestellt, und unterdrückten dieselben mit gleichartigen Mitteln. Dies ist zweifellos bedauerlich; wenn aber die internationale Bewegung wirklich gerecht sein soll, so ist der richtige Weg dazu eine genaue Erörterung zwischen den streitenden Parteien auf einem internationalen Kongress, wie dies mit den in Luzern anwesenden deutschen Unabhängigen vereinbart wurde. Unglücklicherweise kam dies in Genf nicht zustande, da sie inzwischen ausgeschieden waren. Wir können uns nicht des Gefühls erwehren, daß eine gründliche und ehrliche Aussprache über ein Problem, dem sich ein jedes durch revolutionäre Umstände schreitendes Land jederzeit ausgesetzt sehen könnte, außerordentlich nötig ist, wenn wir irgendein internationales Verhältnis wiederherstellen wollen, welches zur Grundlage sozialistischer Tätigkeit für die Zukunft dienen und die Aufgaben der Übergangsperiode auflösen soll. Zwei Internationale zu gründen, die in diesem besonderen Punkte uneinig sind, heißt einfach, den Ruf des Sozialismus unfähigem Unheil aussetzen.

Die russische Revolution.

Die große Schwierigkeit, der sich der internationale Sozialismus gegenüber sieht, ist die Trennung der Bewegung in zwei Lager, als Folge der russischen Revolution im November 1917. Der Bolschewismus versuchte nicht nur in Rußland, sondern in jedem Lande der ganzen Welt die Methode einzuführen, politische Macht durch bewaffnete Gewalt zu erlangen, sie durch dieselbe Gewalt zu erhalten und den ganzen ökonomischen Wirtschaftsbau durch Verordnungen und Unterdrückung zu ändern. Seit seinem ersten Erfolge in Rußland hat er seine Stellung etwas gemildert und leidet augenblicklich seine Anhänger in unserem Lande, daß die, welche politische Methoden verrufen, Berater an der Sache des Kommunismus sind, daß aber politische Handlung einzig und allein benutzt werden sollte, um den Kontrast der zu erobernden Staatseinrichtungen zu beweisen. Offenbar muß ein solches Kompromiß mit dem Verbotenen sich selbst vernichten, und Kandidaten, die einer solchen Richtlinie folgen, können sich in den Augen der Wähler nur lächerlich machen. Diese ist einfach politische und revolutionäre Richtigkeit. Wir wollen jedoch die Sache nicht weiter erörtern. Diese Richtung mag ja anderen Ländern besser passen als dem unfruchtlichen, aber augenblicklich muß jeder Sozialist, der irgendwelchen internationalen Instinkt hat, sehen, daß eine auf der Grundlage der Moskauer Prinzipien aufgebaute Internationale niemals mehr als die allergeringste und am wenigsten einflussreiche Fraktion der sozialistischen Bewegung in den verschiedenen Ländern vorstellen kann. Deshalb hat die Zweite Internationale den Bolschewismus als Grundlage ihres Daseins verworfen.

Außerdem mühten doch auch die Versuche Moskaus, die nationalen Organisationen nicht nur in ihrer allgemeinen sozialistischen Politik, sondern auch in den Einzelheiten ihrer eigenen nationalen Arbeit zu kontrollieren, jede sich selbst achtende und Befähigte für nationale Freiheit bestehende Organisation daran hindern, sich unter ein solches Joch zu beugen.

Wenn wir nun eine vereinigte Internationale mit einer mehr liberalen Grundlage als die von Moskau geforderte verlangen, so geschieht dies, weil wir überzeugt sind, daß Moskau weder die Ausdehnung noch die Dauerhaftigkeit besitzt, die nötig sind, um eine Internationale zu erhalten. Wir selbst wünschen mit unseren Genossen in anderen Ländern in unmittelbarer oder sonstiger Verbindung zu bleiben. Wir wünschen bei ihren Konferenzen vertreten zu sein, mit ihnen zu unterhandeln, ihnen zu helfen und von ihnen gebeten zu werden; aber wir müssen die Moskauer Bedingungen und Moskauer Methoden als den Preis eines solchen Zusammenwirkens ablehnen. Wir glauben auch, daß die besseren kämpfenden Sektionen anderer Länder derselben Meinung sind.

Eine einheitliche Internationale.

Indem wir uns an Sie mit dem Aufrufe wenden, sich mit uns zum Wiederaufbau der Internationale zu verbinden, sind wir mehr von der Dringlichkeit der Angelegenheit besetzt, als von irgendeinem anderen Grunde. Der Krieg hat uns Gelegenheiten hinterlassen, größer als sie je einer früheren Generation geboten wurden. Imperialismus und sein Jüwilsbruder Kapitalismus wurden mit Schande und Verachtung bedeckt. Ihr Kontrast ist der Menschheit durch das Blutbad und das Elend verfühlt worden. Diese Gelegenheiten wurden den Sozialisten der verschiedenen Länder in mannigfaltiger Weise geboten: In einer Ländergruppe war eine Revolution möglich, in einer anderen die Eroberung politischer Einrichtungen*, aber alle

*) Wir sehen, daß in dem von der Berner „Wiederaufbaukonferenz“ veröffentlichten Manifest behauptet wird, daß die Parteien der Zweiten Internationale „die historischen Notwendigkeiten des revolutionären Klassenkampfes theoretisch erkennen, indem sie sich ohne Rücksicht auf die Besonderheiten der einzelnen Länder und der einzelnen Entwicklungsphasen auf die demokratischen Methoden einschränken.“

Dies ist das genaue Gegenteil der wahren Tatsachen und ist eine durchaus unrichtige Auffassung der Stellung der Parteien, selbst in den allerdemokratischsten Ländern, zum Beispiel in unserem eigenen Lande.

Die Zweite Internationale hat stets anerkannt, daß die Mittel je nach den historischen Umständen wechseln.

Es ist soviel Rechdruck auf das Wort der „Diktatur des Proletariats“ gelegt worden, daß, wenn Marx heute am Leben wäre, er seine literarische Schöpfung nicht wiedererkennen würde. In dem Aufruf, auf den wir verweisen, ist dieses Wort angeführt, als wenn es einen besonderen revolutionären Akt darstellte, und es wird weiterhin in Ausdrücken erläutert, die im wesentlichen nichts weiter bedeuten, als die allgeringste politische Handlung. Wir denken, es ist schade, die Internationale wegen solcher Thesen von Nützlicher und ungenügender Bedeutung zu spalten.

waren berufen, sich zu verbinden und einander zu unterstützen in der am besten angemessenen Weise. Statt dieser Einheit ist Uneinigkeit entstanden. Die kämpfenden Mächte sind getrennt. Es wird mehr Aufmerksamkeit den gegenseitigen Angriffen wegen tatsächlicher Fragen gewidmet, als dem Angriff auf den gemeinsamen Feind. Jeder verstreichende Tag sieht die alte Ordnung sich von neuem aufrichten, bis zu einem gewissen Zeitpunkt und trotz ihres Bankrottes sie sich wieder hinter Interessen und hinter Vorurteilen verhängt haben wird, deren Niederbringung schwierig sein wird. Der Mangel an einer einheitlichen Internationale läßt die sich nun bietende großartige Gelegenheit vorbeistreichen, und die sozialistische Bewegung, die sich zu einem Friedensangriff hätte zusammenrücken sollen, wird in der Richtigkeit interner Streitigkeiten zertrütert.

Deshalb wenden wir uns an Sie, bitten Sie, diese Frage reiflich zu erwägen, und besonders den Bewegungen Ihre Unterstützung zu versagen, die damit anfangen, Parteigenossenschaften abzuschließen, deren Vorgesichte zum mindesten ebenso gut, und vielleicht sogar besser ist, als die derer, welche Eintritt erhalten, und nun Ausschließungen bestimmen. Wir bitten Sie, uns Ihre Ansichten über unseren Aufruf zukommen zu lassen. Wir werden einige vorläufige Beratungen abhalten und dann besprechen, wie wir am besten die uns von der Genfer Konferenz auferlegten Pflichten vollziehen können.

Die Grundlage, auf der eine sozialistische Internationale aufgebaut werden muß, darf keinem Zweifel unterliegen. Sie muß jeder sozialistischen Gruppe völlige Freiheit zuzustehen im Uebereinstimmen mit ihren eigenen Mitteln auf das sozialistische Ziel hinzuwirken. Gemeinsame Entschlossenheit, dem Sozialismus zu Stande zu bringen, muß vorhanden sein; sie muß bereit sein, alle nationalen Bestrebungen um Freiheit und Selbstbestimmung in der von den Nationen selbst beschlossenen Weise zu unterstützen; sie darf in keiner Weise die demokratische Methode (wie das jetzt von einigen Seiten versucht wird), sondern sie muß sie unzweifelhaft als recht und billig für die Länder anerkennen, die bereits ihre Revolution durchgeführt haben und durch eine frühere revolutionäre Bewegung ihres Proletariats im Besitze der politischen Macht sind.

In Uebereinstimmung mit den in Genf geäußerten Bestimmungen, senden wir dies an alle sozialistischen Parteien, nicht nur an bestimmte Gruppen. Wir nehmen Teilnahme an bloßen Teilbewegungen ab, und fühlen uns überzeugt, daß die sozialistischen Organisationen der Welt mit uns darin übereinstimmen werden, daß, wenn man mit feindseligen Ausschließungen verfährt, man niemals den Sozialismus mit jener internationalen Organisation wird versehen können, deren er bedarf.

Arthur Henderson (Labour Party),
J. S. Thomas (Trades Union),
Harry Gosling (Trades Union),
Ramsay MacDonald (British International Secretary).

Die Opposition auf dem Sowjetkongress.

Helsingfors, 7. Januar. (D.) Ueber die Neben der Vertreter der Oppositionsparteien, die zur Teilnahme am Sowjetkongress als Gäste mit beratender Stimme geladen waren und über eine Redezeit von 15 Minuten verfügten, werden jetzt nähere Einzelheiten bekannt. Der Menschewitz Dan, dem die Redezeit auf sein Ersuchen vom Kongress zweimal um je 10 Minuten verlängert wurde, trat gegen das System der stehenden Armees und gegen die Militarisation des gesamten Lebens auf und sprach sich für die Schaffung einer Volksmiliz ein. Er kritisierte die auswärtige Politik der Sowjetregierung, der er u. a. Geheimdiplomatie und das Zusammengehen mit den türkischen Nationalisten gegen Armenien vorwarf. Er bemängelte, daß die Sowjetpolitik nicht ausschließlich auf den Frieden eingestellt sei, nahm auf Lenins Worte über bevorstehende Kriege Bezug und erklärte, daß Sowjetrußland nur Defensivkriege führen dürfe. Dan griff auch scharfste die innere Politik der Sowjetregierung an, die ihr den Rang der Bauernschaft zugezogen habe und ihr zum Verhängnis würde. Die Sowjetverfassung werde mißachtet, statt eines Räteystems habe man in Wirklichkeit

die Alleinherrschaft der Kommissare

und die Oligarchie der kommunistischen Partei eingeführt. Dan gab zu, daß die Zulassung ausländischer Kommissare unpraktisch sei, erhob aber Einspruch dagegen, daß diese schwerwiegende Verantwortung kurz vor dem Sowjetkongress und ohne Befragen des Landes bekräftigt worden sei. Er beschwerte die Politik der kommunistischen Internationale, die zur Spaltung der Arbeiterfront führe und wies auf die Hebergriffe in der Politik und Verwaltung von Seiten der allmächtigen Außerordentlichen Kommission („Tscheka“) hin, welche die Anwendung der Novemberamarkie auf die Menschewisten vereitelt habe. Der Vertreter der oppositionellen Gruppe der Sozialrevolutionäre, Bessli, vertrat im wesentlichen denselben Standpunkt und führte aus, daß die Versuche, den Kollektivismus in der Bauernwirtschaft zwangsweise einzuführen, die Bauern ihm nur verfeinde.

Aufruf an die Bauern.

M. Kalinin richtete als Vorsitzender des 8. Sowjetkongresses an alle Arbeitenden Sowjetrußlands einen Aufruf, in dem er vor allem an die Bauern die Mahnung richtete, Getreide abzuliefern. Im übrigen stimei der Aufruf den üblich populären militärischen Weisheit. Er schloß: Noch ein Jahr Anstrengung und wir werden den Verkehr regeln, alle Fabriken in Betrieb setzen. Noch 3—4 Jahre und in der Republik gibt es keine schlecht Bekleideten oder schlecht Bekuhnten mehr. Noch 6 Jahre und die Wunden unserer, durch den Krieg zerstörten Wirtschaft sind geheilt. An die Arbeit, Proletarier Rußlands! Euer höchstens Nachwort, der allrussische Sowjetkongress, will Euch in einen neuen Kampf zu neuen Siegen führen! Doch der naheende Sieg an der Arbeiterfront!

Martens' Abshub.

Washington, 7. Januar. (D.) Der diplomatische Vertreter der Sowjets in den Vereinigten Staaten, Ludwig Martens, dessen Ausweisung bekanntlich von der Sowjetregierung mit der Annulierung aller mit Amerikanern geschlossenen Geschäftsverträge beantwortet wurde, hat sich samt seinem Mitarbeiterstab jetzt den amerikanischen Behörden zur Verfassung gestellt mit der Bitte, ihn am 20. Januar abzutransportieren. Auf sein Ersuchen wurde Martens bis zu diesem Tage auf freiem Fuße belassen.

Curzon an Tschitscherin.

London, 7. Januar. (D.) Lord Curzon hat an Tschitscherin eine Note gerichtet, in der die Hoffnung ausgesprochen wird, die russische Regierung werde anstatt eine unfruchtbare Politik fortzusetzen, Kräfte in entscheidenden, das Handelsabkommen bei seiner Rückkehr zu unterstützen. Es wird ferner der Wunsch ausgesprochen, die Ausführung des Abkommens werde nicht nur einen Beweis für die Aufrichtigkeit beider Parteien liefern, sondern auch den ersten Schritt auf dem Wege zum Wiederaufbau der materiellen Wohlfaht: Otkustopas abzubauen. In dem abzuschließenden Handelsvertrag müsse noch eine Bestimmung aufgenommen werden, durch die die Sowjetregierung verpflichtet wird, sich in bestimmten Gebieten jeder englisch-amerikanischen Propaganda zu enthalten.

Gewerkschaftsbewegung

Die fff Gewerkschaftsbureaucratie.

Die „Rote Fahne“ führt einen verzweifelten Kampf gegen die „gelbe“ Gewerkschaftsbureaucratie. Jedes Mittel ist ihr dazu recht. In ihrer Abendausgabe vom Freitag teilt sie unter der Ueberschrift: „Die Gewerkschaftsbureaucratie zerplittert das Proletariat“ mit:

„In Kassel gelang es in der dortigen Zuteilspinnerei-Arbeitergesellschaft der Diktation und der mehrheitlich sozialistischen Gewerkschaftsbureaucratie, die Arbeiterchaft derart zu betören, daß der Sechstundentag eingeführt wurde.“

Daran schließt sich die Mitteilung, daß die Arbeitslosen eine Demonstration veranstalteten, um die Arbeiterchaft der Zuteilspinnerei zu veranlassen, die Ueberarbeit abzulehnen. Die Fabrik wurde von „Sipo“ besetzt. In ihrem Kommentar sagt die „Rote Fahne“ u. a.:

„Dieser empörende Vorfall zeigt uns die Früchte der Politik der Gewerkschaftsbureaucratie. Die einzelnen Arbeiterchaften werden auseinander gehetzt, die Arbeitenden werden gegen die Arbeitslosen ausgespielt. Die Arbeiterchaft muß endlich mit dieser Gesellschaft brechen. Das Kasselier Beispiel zeigt, wie die Politik der Mehrheitssozialisten der Arbeiterchaft nichts anderes bringt als mehr Arbeit, das bedeutet einige Scheinborteile und sonst weitere Verelendung; das bedeutet die Aufrichtung einer Scheidewand zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, die Zersplitterung des Proletariats.“

Dazu entnehmen wir einer Erklärung des Betriebsrates der Zuteilspinnerei im „Kasseler Volksblatt“ das folgende:

„Um der rechtzeitigen Lieferung der Auslandsaufträge nachkommen zu können, hat die Arbeiterchaft und der Betriebsrat in einer Betriebsversammlung hierzu Stellung genommen und der Leistung von Ueberstunden zugestimmt; arbeitslose Teilhaber und namentlich Juniorarbeiter gibt es zurzeit nicht. Die Einstellung von neuen Arbeitskräften, ohne daß dieselben eine längere Periode zurücklegen, um in zwei Schichten zu arbeiten, ist nicht möglich. Der Betrieb ist mit Arbeitskräften voll besetzt, und soweit es sich um die Einstellung von ungelernen Arbeitskräften handelt, sind solche laut Vereinbarung mit dem Betriebsrat und der Verbandsleitung eingestellt; und wenn möglich werden weitere eingestellt. Die Lieferfrist der Auslandsaufträge ist kurzfristig, und infolge der erheblichen Preissteigerung für Rohstoffe möchten die Abnehmer schon an und für sich von ihren Aufträgen zurücktreten. Die nicht rechtzeitige Lieferung würde die Annullierung der jetzt und später fällig werdenden Aufträge zur Folge haben. Auf Grund dieser Sachlage hat die Arbeiterchaft und der Betriebsrat der Leistung von Ueberstunden zugestimmt.“

Wir sind grundsätzlich gegen jede Ausdehnung des Sechstundentages und treten jederzeit dafür ein, daß man anstatt Ueberstunden zu machen Arbeitslose einstellt. Es gibt allerdings Fälle, und ein solcher scheint hier vorzuliegen, in dem die Einstellung ungelerner Arbeitsloser nicht möglich ist, wenn nicht der für einige Erwerbslose etwa entstehende Vorteil durch die Annullierung großer Aufträge zum viel größeren Schaden für die Arbeiterchaft des Betriebes und unsere Wirtschaft umschlägen soll.

Ein bescheidendes Licht auf die Kommunisten als Hüter des Sechstundentages und Freunde der Arbeitslosen, denn denen wollen sie doch nach ihren fortgesetzten Behauptungen helfen, werfen allerdings einige Mitteilungen der unabhängigen „Leipziger Volkszeitung“. Diese berichtet, daß in dem neu kommunistischen Betriebe des Hallenser „Klassenkampf“ (früher „Volksblatt“)

„die Buchdrucker, Druckereibehilfsarbeiter und Buchbinder Tag und Nacht, Sonntags und in der Woche arbeiten. Der Buchbinder des Betriebes, einer von den kommunistischen Parteiführern der gleichzeitig Vorsitzender des Buchbinderverbandes ist, hat in einer Woche 96 Stunden gearbeitet. Er hat sogar seine Frau zur Arbeit mitgebracht (die Familie ist kinderlos), obgleich eine ganze Anzahl Arbeitsloser weiblicher Arbeitskräfte vorhanden ist. Um noch

mehr zur Ueberstundenarbeit anzureizen, spendierte ein neuer Parteiangestellter der Kommunisten, der nebenbei noch sein Barbiergefäß betreibt, im Auftrage der Bezirksleitung für die arbeitenden Frauen 100 Mark für Schokolade.“

So, Ihr Arbeitslosen, sieht die Fürsorge der Kommunisten um Euch aus. Hier in Berlin und an anderen Orten rufen sie Euch vor die Rathhäuser und Parlamente, schreiben sie sich die Kehle wund, schimpfen sie wie die Kohrspaken auf den Kapitalismus und die Gewerkschaftsbureaucratie, die keine Arbeitsgelegenheiten für Euch schaffen, und in ihren eigenen Betrieben lassen sie Ueberstunden machen, daß es nur so eine Art hat. Selbst Belohnungen in Gestalt von Schokolade hält man für die größten „Schieber“ bereit. Glaubt Ihr nun endlich, daß Euer Feind nur von den Moskauerern kommt, und daß die „Gewerkschaftsbundzen“ Eure größten Feinde sind, die Euch um irgendwelchen persönlichen Vorteil an den Kapitalismus verkaufen?

Wandlungen im Werkmeisterverband.

Die Berliner Mitgliedschaft des Deutschen Werkmeisterverbandes sendet uns nachstehende Erklärung:

„Die im Deutschen Werkmeisterverband organisierten Kollegen des Bezirks X lebten jede Identifizierung mit der in der Nr. 5 des „Vorwärts“ erschienenen Veröffentlichung ab. Die Mitglieder betrachteten es als ihre eigene Angelegenheit, bei Ausbruch von Streitigkeiten durch die ihnen sachungsgemäß zustehenden Rechte und Instanzen ihren Willen zur Durchführung zu betonen, und bedauern es, daß eine derartige Zersplitterungspolitik in der freien Angestelltenbewegung durch Veröffentlichung von Artikeln in den Tageszeitungen gefördert wird, noch dazu, wenn derartige Artikel den Stempel der Einseitigkeit klar erkennen lassen.“

Der unterzeichnete Bezirksvorstand gibt zu, daß seit einiger Zeit Rißhelligkeiten zwischen Afa-Vorstand und Hauptvorstand des Deutschen Werkmeisterverbandes bestehen, muß es aber ablehnen, bevor eine endgültige Klärung erfolgt ist, anderen Organisationen sowie einzelnen Personen das Recht zuzugestehen, sich in unsere internen Angelegenheiten zu mischen, ohne genügend über die Vorgänge aufzuklärt zu sein. Der Bezirksvorstand glaubt, daß sowohl er als auch die Mitglieder Ranns genug sein werden, den Gedanken der freien Angestelltenbewegung der Verwirklichung zuzuführen und dementsprechend sich auch bei ihrem Hauptvorstand durchzusetzen. Die bisher geschlossene Einheitsfront der Werkmeister steht sowohl dem Bezirksvorstand als auch den Mitgliedern des Bezirks X als höchstes Ziel vor Augen. — Der Vorstand des Bezirks X verurteilt es daher auf das schärfste, wenn derartige Artikel dazu benutzt werden, die Einheitsfront der freien Angestelltenbewegung zu zerfetzen. Der Bezirksvorstand des Bezirks X. Geißte.“

Wir begrüßen es, daß der Bezirk X entschlossen ist, „den Gedanken der freien Angestelltenbewegung der Verwirklichung zuzuführen“. Wie man aber in der angezogenen Notiz in unserer Nr. 5 eine Förderung der „Zersplitterungspolitik“ sehen kann, ist uns nicht klar. Es hat sich noch immer gezeigt, daß unerbittliche Aufdeckung und Bekämpfung solcher Bestrebungen das beste Mittel zu ihrer Vernichtung ist. Allzu große Rücksicht oder gar hülfswiegende Duldung führen zu katastrophalen Folgen. Das Schicksal der U.S.B. sollte die Richtschnur dieser Auffassung in geradezu schlagender Weise bestätigen haben und jeden, dem die Einheit der Arbeiterbewegung am Herzen liegt, zu schnellem und entschiedenem Handeln gegenüber jeder Zersplitterungsabsicht veranlassen.

Zur Bewegung der Eisenbahner

welche die U. aus Oldenburg, daß die Mitgliedschaft des Bezirks Oldenburg des Deutschen Eisenbahnerverbandes das Resultat der Einigungsverhandlungen mit der Regierung mit Entrüstung aufgenommen hat. Die Bezirksleitung teilt mit, daß der Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes am kommenden Sonntag über die geschaffene Lage Bescheid wissen werde. Es besteht nach wie vor die Gefahr eines Streiks. Die Eisenbahner müßten an den einmal aufgestellten Forderungen als Mindestforderung festhalten.

Es war uns leider nicht mehr möglich, näheres über diese Meldung von zuständiger Stelle zu erfahren.

Vollversammlungen der Betriebsrätezentrale.

Vom 17. Januar ab werden die einzelnen Industriegruppen an je einem Abend zu den grundlegenden Vollversammlungen von der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale einberufen werden.

Genau Angaben über Versammlungslokale und dergleichen werden rechtzeitig in der Tagespresse erscheinen. In diesen Versammlungen sind die Gruppenräte sowie die Delegierten zur Generalversammlung zu wählen.

Wir machen heute schon darauf aufmerksam, daß der Zutritt zu diesen Vollversammlungen nur zulässig ist mit den jetzt einzig geltenden neuen Ausweisarten, auf denen das Zeichen A. D. G. B. und Afa gedruckt steht. Für die Angehörigen der alten Ausweisarten der Afa ihre Gültigkeit. Arbeiterräte, die noch nicht im Besitze der neuen Ausweisarten sind, werden hiermit aufgefordert, in ihrem eigenen Interesse sich unverzüglich an ihre Gewerkschaft, bei der sie organisiert sind, zu wenden und von ihr die Ausstellung einer Ausweisart für diejenige Industriebranche zu verlangen, in welcher sie tätig sind.

Diese technischen Vorarbeiten sind leider zum Aufbau notwendig, doch hoffentlich nun für Groß-Berlin zum letzten Male. Es gilt viel Versäumtes nachzuholen, darum auf zur tätigen Mitarbeit.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Für die Markwährung.

Der Eisenbahnerverband der Saarbahnen veranlaßt gegenwärtig unter den Angestellten und Arbeitern der Eisenbahnbetriebswerkstätten eine Abstimmung über die Frage der Gehalts- und der Lohnabgaben in Franken- oder Markwährung. Soweit sich bis jetzt überlegen läßt, hat die Abstimmung mit einer großen Mehrheit für die Beibehaltung der Markwährung als Zahlungsmittel geendet.

Maschinenarbeiter, Schneidmüller!

Gemäß Beschluß der Branchenversammlung der Maschinenarbeiter vom 28. November 1920, den Sachausweis einzuführen, fordern wir die Vertrauensmänner der obenstehenden Kategorien auf, die am Sonntag, den 9. Januar, vorm. 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, stattfindende Versammlung zu besuchen bzw. die Fragebogen zu derselben einzufordern, damit in den später anstehenden Bezirksversammlungen die Ausgabe der Ausweise erfolgen kann.

Weiter fordert untenstehende Kommission alle Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes (Wirkungskreis Groß-Berlin) auf, die noch ausstehenden Unfallsbogen sofort an die Ortsverwaltung Berlin, Rungestr. 30, parterre, Zimmer 1, abzuliefern. Unfall- und Gesundheitskommission Groß-Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Die Deutschen Werke beschäftigen nicht, wie die U. an zuständiger Stelle erzählt, die Reichswerke in Spanien zu schließen. Ebenso sollen nach derselben Quelle die Gründe über geplante Arbeiterentlassungen haltlos sein.

Deutscher Transportarbeiterverband, Sektion I. Montag, 6 Uhr, bei Fernara, Reichstr. 15. Gruppenversammlung aller Betriebsräte, Arbeiterräte, Betriebskomitees der Eisen-, Eisenwaren-, Nahrung-, Bergbauindustrien, Metall-, Glas-, Keramik-, Kurz-, Galvanisier- und Spielwaren-, Export- und Klebwarenindustrie. Erscheinen erforderlich.

Soziales.

Entlassung der Abwicklungsbeamten?

Der Friedensvertrag nötigt die deutsche Regierung, die militärischen Abwicklungsstellen, die die unerledigten Geschäfte des alten Heeres zu Ende zu führen haben, beilehnig aufzulösen. Unter den Ausstehenden, die die französische Regierung in ihrer Kenzjahresnote machte, befand sich auch dieser Punkt. Inzwischen hat die Reichsregierung die Auflösung der Abwicklungsämter bereits für den 1. Mai vorgezogen. Die Beamten — es handelt sich nach uns zufließenden Informationen um etwa 3000 — werden mit Bartegeld in den einwöchigen Ruhestand versetzt. Diese Abfindung geschieht nach dem alten Reichsgesetz von 1873, das etwa 1/3 des Dienstverdienstes als Bartegeld vorsieht, während das betreffende Gesetz für Preußen vom 28. Februar 1919 für fünf Jahre das volle Dienstverdienst mit der Feuerungszulage und darüber hinaus den Dreivierteltag garantiert. Es ist verständlich, wenn sich die betreffenden Beamten, die auf Lebenszeit angestellt waren, durch diese Differenz zurückgesetzt fühlen. Und scheint es am besten, wenn die Beamten, die ehemals in der Militär-, Marine-, und Kolonialverwaltung tätig waren, in irgendeiner Form dem Staate als leistungsfähige Kraft erhalten bleiben. Ein Plan für sie wird sich, wie es in einer ähnlichen Lage bei der Post und Eisenbahn der Fall war, auch unter den heutigen Verhältnissen finden und der Staat erspart auf diese Weise unfruchtbare Ausgaben.

Verantwortl. für den textl. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glade, Berlin. Verlag: Grottel-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hochwälder-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Unterstr. 2. Hierzu 1 Beilage.

Bitte ausschneiden

Erscheint nur einmal!

Eltern! Stadtverordnete! Aerzte!

Skrofulose, Rachitis (Englische Krankheit), Tuberkulose



Typische Rachitis-Erkrankung eines Kindes, wie sie sicher und schnell durch Bestrahlung mit künstlicher Höhensonne — Original Hanau — geheilt wird.

sind ausgesprochene Volksseuchen, d. h. Krankheiten der Minderbemittelten, und haben in erschreckender Weise zugenommen. In gleich erschreckender Weise sind die Unterhaltungs- und Verpflegungskosten der Heilanstalten gestiegen, so daß fast alle Heilstätten ungeheure Zuschüsse erfordern. Die Anzahl der vorhandenen Heilstätten ist außerdem viel zu gering für die Massennot. Eine Unzahl Kranker muß deshalb ohne ausreichende Behandlung dem Siechtum verfallen, wenn nicht neue Wege der Seuchenbekämpfung beschritten werden. Skrofulose, Rachitis und Tuberkulose können fast stets geheilt werden, wenn der Erkrankte die Mittel zu einer längeren Kur im Hochgebirge aufbringen kann. Dem Durchschnittskranken ist dies heute unmöglich. Skrofulose, Rachitis, Tuberkulose werden aber ebenso sicher geheilt oder erheblich gebessert durch die billige, bequeme und schnell wirkende Ultraviolet-Therapie mit künstlicher Höhensonne — Original Hanau —. Diese Ultraviolet-Therapie, der Hauptheilfaktor der Hochgebirgskuren, wurde von den deutschen Universitäts-Professoren Prof. Dr. Jesionek — Universität Gießen, Prof. Dr. König — Universität Marburg, Prof. Dr. Hagemann — Universität Würzburg, Prof. Dr. Vulpinus — Universität Heidelberg, Prof. Dr. Ludloff und Dr. Riedel — Universität Frankfurt, Prof. Dr. Biesalski und Dr. K. Haldschinsky, Berlin, Prof. Dr. Langstein und Dr. Putzig — Berlin, ausgearbeitet und

wirkt wie ein längerer Aufenthalt in den Hochgebirgskurorten. Die Bestrahlung mit künstlicher Höhensonne ersetzt den unerschwinglich gewordenen Kuraufenthalt im Hochgebirge.

Die Angehörigen unbemittelter Kranker, Stadtverordnete, Betriebsräte, Krankenkassenmitglieder sollten deshalb dazu beitragen, daß den Schulan, den Fürsorgestellen, den Gemeinden und Wohlfahrtsämtern Bestrahlungshallen mit künstlicher Höhensonne — Original Hanau — zur Behandlung nach Prinzipien von Professor Jesionek (Gießen) angegliedert werden.

Für einen Bruchteil der Kosten, die die Anstaltskur nur eines Kranken sonst verursacht, können täglich viele Kranke mit künstlicher Höhensonne — Original Hanau — bestrahlt werden. Jede rechtzeitig begonnene Bestrahlungskur spart Unsummen öffentl. Gelder, die sonst für spätere Anstaltskuren geopfert werden müssen. Verlangen Sie die kostenlose Aufklärungsschrift zur Begründung von Kuranträgen.

Quarzlampen-Gesellschaft m. b. H., Hanau, Postfach 322.

Wichtig für Kranke!

Wenn andere Heilmethoden versagen, erzielt die Ultraviolet-Therapie mit künstl. Höhensonne — Orig. Hanau — der Hauptheilfaktor der Hochgebirgskuren, noch Erfolg auf überaus zahlreich. Krankheitsgebieten.

Künstliche Höhensonne

— Original Hanau —
Erhebl. Abkürz. d. Behandlungs-
(Krankheits-) Dauer! Größter
medizin. Erfolg. d. letzten
Jahrzehnts! Verlang Sie
„Aufklärungsschrift
für Nichtärzte“
kostenlos.

Fragen Sie Ihren Arzt!

Quarzlampen-Gesellschaft m. b. H., Hanau, Postfach 322.

Großer Preis: Weltausstellung Brüssel 1910.
Großer Preis: Weltausstellung Rom 1912.
Großer Preis: Weltausstellung Gent 1913.

Nogar Gesunden verschafft eine Bestrahlungskur mit „Künstlicher Höhensonne“ ein außerordentliches Wohlbefinden, ein auffallendes Gefühl der Kräftigung und der Frische. Wie im Sommer durch die Urlaubreise, so sollte sich im Winter jeder Gesunde, namentlich der Abgespannte und Abgearbeitete, durch eine Höhensonnenkur bei seinem Arzt kräftigen und verjüngen.